

Grünes Magazin, 08/2021

KREUZTAL LEG LOS!

Keine Zeit für Bremser





WILLKOMMEN BEI DEN GRÜNEN





Björn Eckert
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/ Die Grünen Kreuztal

VORWORT

Liebe Kreuztaler:innen,

unter dem Motto „Kreuztal kann mehr“ haben Sie uns bei der Kommunalwahl im Herbst vergangenen Jahres mit 17,5% das beste Wahlergebnis unserer Geschichte in Kreuztal beschert. Dafür bedanken wir uns herzlich! Dank Ihrer Unterstützung sind wir seitdem mit sieben Mitgliedern im Rat der Stadt Kreuztal vertreten. Der Altersdurchschnitt der neuen Kernfraktion liegt bei unter 40, drei Ratsmitglieder sind unter 30 und vier der sieben Ratsmitglieder sind Frauen.

Dank dieser neuen Stärke konnten wir bereits auch erste Ziele unseres Wahlprogramms umsetzen. So ist unter anderem die lange von uns geforderte Stelle im Klimaschutzmanagement nun endlich beschlossene Sache und wird in nächster Zeit besetzt. Ein erster Anfang hin zu einem intensiverem Klimaschutz hier bei uns in Kreuztal. Doch Sie können sich sicher sein: Wir bleiben weiter dran und setzen uns für ein nachhaltigeres und sozialeres Kreuztal ein!

Doch nicht nur hier bei uns in Kreuztal sind große Herausforderungen zu bewältigen, sondern in ganz Deutschland: die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, mehr soziale Gerechtigkeit und Anerkennung, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft und ein starkes Europa. Dafür muss nach Jahren einer Politik im Dauerkrisenmodus Weitsicht und Vorsorge einziehen. Nötig ist eine vorausschauende Politik, die Krisen verhindert und Mut macht, die nötigen Veränderungen anzugehen.

Wir treten mit Annalena Baerbock als erster grüner Kanzlerkandidatin zur Bundestagswahl am 26. September an für Veränderung. Denn Veränderung schafft Halt und führt zum Besseren.

Seien Sie dabei, unterstützen Sie uns und werden selbst aktiv! Wir freuen uns auf neue Mitstreiter*innen!

Herzliche Grüße und viel Freude beim Lesen unseres Magazins,

*Ihr Björn Eckert (Fraktionsvorsitzender)
und das Team der Kreuztaler Grünen*





SOZIALES UND BEDARFSGERECHTES BAUEN IN KREUZTAL

Ab wann gilt Wohnraum als bezahlbar? Eine Faustformel hierfür liefert der Potsdamer Ansatz, der im Wesentlichen besagt, dass nicht mehr als ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens für die Warmmiete ausgegeben werden sollte (1). Bei Haushalten mit geringem Einkommen besteht in Deutschland Anspruch auf Wohngeld (2). Dadurch soll die Lage am Wohnungsmarkt entspannt werden und den Empfängern ein breiteres Wohnungsangebot zugänglich gemacht werden.

Doch das Angebot an freien Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment ist zurzeit sehr begrenzt (3). Es wurde mit einem Rückgang der Bevölkerung und demzufolge einer Entspannung am Wohnungsmarkt gerechnet. Stattdessen werden die Lebensentwürfe vielfältiger und die Gesundheit im Alter nimmt zu, sodass immer mehr Menschen immer länger allein leben. Dadurch nimmt die Gesamtanzahl der Haushalte, auch in Zukunft, stetig weiter zu (4). Gleichzeitig werden in den nächsten Jahren fast 2/3 der Sozialwohnungen in Kreuztal aus der Mietpreisbindung fallen (3). Dieser Wohnraummangel und die Steigerung der Mieten betreffen vor allem Alleinlebende, Senior:innen und große Familien (3).

Es muss folglich neuer Wohnraum geschaffen werden, auch in Kreuztal. Aber in welcher Form? Die These, dass der Bau von großzügigen, hochpreisigen Wohnungen

lange Umzugsketten anstößt, die zu freien günstigen Wohnungen führen, konnte wissenschaftlich noch nicht bestätigt werden. Zuzüge von außerhalb des Stadtgebiets oder Aufspaltungen von Haushalten, verhindern, dass dieser sogenannte Sockereffekt bis in den niedrigpreisigen Bereich hineinreicht (5).

Die Stadt Kreuztal sollte also auch den sozialen Wohnungsbau berücksichtigen, und zwar immer, wenn im Stadtgebiet neue Wohnungen gebaut werden. So entstehen auch vielfältige, gemischte Quartiere in denen Menschen mit verschiedenen Lebensentwürfen und finanziellem Hintergrund zusammenleben können.

Die Möglichkeit ein solches Quartier zu schaffen und zu gestalten, haben wir jetzt auf dem Gelände des Bender-Areals in Ferndorf. Hier sollen neben Ein- und Zweifamilienhäusern auch Wohnungen in verschiedenen Größen und Tiny-Houses entstehen, sodass für jede Lebenslage der passende Wohnraum bereitgestellt wird. So können die zukünftigen Bewohner prinzipiell ein Leben lang in Ihrer neuen Nachbarschaft wohnen bleiben und diese miteinander aktiv gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Kreuztal hier ihren Handlungsspielraum nutzt und die dort entstehenden Wohnungen selbst vermietet ohne dass hohe Renditen im Vordergrund stehen. So bleiben die Wohnungen auch langfristig für eine große Zahl an Menschen bezahlbar.

Quellen:

1) <http://www.stadtspuren.com/aktuelles/bezahlbarer-wohnraum-braucht-definition/>

2) Wohngeldreform zum 1. Januar 2020: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/wohngeld-flyer.pdf?__blob=publicationFile&v=8

3) Wohnraumkonzept 2018: <https://www.kreuztal.de/dateien/Wohnraumkonzept2018-Druckfassung181115.pdf>

4) Bevölkerung und Haushalte, in absoluten Zahlen, 1970 - 2040 <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61584/bevoelkerung-und-haushalte>

5) Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Umzugsmobilität und ihre Wirkung auf lokale Wohnungsmärkte, BBSR-Online-Publikation Nr. 11/2020

BEWEGUNG TUT GUT UND IST SEHR GESUND!

Insbesondere während des Corona-Lockdowns waren wieder häufiger Spaziergängerinnen und Spaziergänger - mit und ohne Vierbeiner - unterwegs in Wald und Flur. Das ist allzu verständlich, denn draußen fällt einem nicht so leicht der Himmel auf den Kopf wie zu Hause die Decke.

Doch leider gibt es unter den Frischluftsuchenden eine Minderheit, die sich nicht an allgemeingültige Regeln hält.

Zu diesen Regeln zählen:

- **keinen Abfall in der Landschaft – auch nicht an Wegrändern – zu hinterlassen**
- **die Hinterlassenschaften des eigenen Hundes wieder einzusammeln und in Abfallbehältern zu entsorgen**
- **Grünland während der Wachstumsphase nicht zu betreten und auch nicht als Hundespielplatz zuzulassen.**

Hundekot und auch verlorengegangenes Plastikspielzeug der geliebten Vierbeiner bedeutet nicht nur den Verlust von Heu und Silage, also dringend benötigtem Futter für die Winterzeit, viel schlimmer noch, diese Rückstände bedeuten auch schlimme Krankheiten bis zum Verlust von Milchkühen.

Das sind dann für die Landwirte finanzielle Einbußen, die auch vor dem Hintergrund extrem niedriger Milchpreise kaum noch zu ertragen sind.

Bitte, liebe Leserinnen und Leser, verstehen Sie das hier Geschriebene nicht als Pauschalverurteilung aller sich in der freien Natur bewegend Menschen. Dieser Text richtet an eine Minderheit von Spaziergängern und Hundehaltern, die durch ihre scheinbare Gedankenlosigkeit in dieser Sache Gesundheit und Leben von Milchkühen gefährden und die große Mehrheit derer mit in Verruf bringen, die sich draußen vorbildlich verhalten.

Für Anregungen, wo weitere Hundekotbehälter oder Tütenspender anzubringen sind, wären wir sehr dankbar. Hinweise bitte an d.gebauer@gruene-kreuztal.de



BÜRGERENERGIEPROJEKTE FÜR KREUZTAL!

Das Karbonzeitalter geht zu Ende. Wind- und Solarenergie haben in unseren Breiten das größte Potential unter den regenerativen Energiequellen und sind der Schlüssel für eine klimafreundliche, sichere und preiswerte Energieversorgung für uns alle.

Auf dem Weg in eine CO₂-neutrale Zukunft können uns wirtschaftlich tragfähige Bürgerenergieprojekte helfen.

Ziele der Bürgerenergie sind der Umwelt- und Klimaschutz und die Demokratisierung der Energieversorgung. Bei Bürgerprojekten werden in der Regel geringere Renditen akzeptiert als von anderen Akteuren der Energiewirtschaft, wodurch Bürgergesellschaften Projekte realisieren können, welche ohne sie nicht umgesetzt würden. Gleichzeitig ermöglichen Bürgerenergieprojekte eine breite Beteiligung an den Gewinnen der Energiewende.

Bei Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft in Kreuztal kommen den beteiligten Bürger:innen Mitbestimmungs- oder Kontrollrechte zu. Sie werden also gemeinsam Unternehmer für die Energiewende und betreiben z.B. einen Bürgerwindpark, PV-Anlagen oder ein Nahwärmenetz (s. Bender-Areal).

Es gibt auch Möglichkeiten, wie Bürger:innen finanziell an Energieprojekten beteiligt werden können, ohne Miteigentümer werden zu müssen. Dies kann z.B. über Flächenpachtmodelle geschehen, die Pachterlöse aus umliegenden Windenergieanlagen beziehen oder über eine „Bürgerstiftung“ an denen die Bürger:innen an den Gewinnen beteiligt werden. In jedem Fall profitiert auch unsere Stadt Kreuztal an der Wertschöpfung mit (z.B. über die Gewerbesteuer) und ist daher gut beraten derlei Ideen wohlwollend zu fördern und zu begleiten.

Fast jeder hat heute Möglichkeiten eigenen sauberen Strom zu produzieren und selbst zu verbrauchen. Die Ressourcen dafür, zum Beispiel Sonne und Wind, stehen uns kostenlos und unbegrenzt zur Verfügung. Im Vordergrund steht hierbei der ganz persönliche Beitrag zum Klimaschutz und der Verbrauch direkt vor Ort.

MIETERSTROMPROJEKTE BIETEN EIN ENORMES POTENTIAL!

Das Konzept des Mieterstroms ermöglicht es auch Personen ohne Eigenheim, an der Energiewende teilzuhaben.

Mieterstrom wird auf dem Dach durch eine Solaranlage erzeugt und von den Bewohner:innen direkt im Gebäude verbraucht. Das geschieht ohne Nutzung des öffentlichen Stromnetzes – ein Vorteil, denn entsprechende Netzentgelte und Abgaben fallen dadurch weg. Scheint die Sonne einmal nicht, ist das kein Problem, denn dann vervollständigt Strom aus dem Netz die Versorgung. Mieterstrom ist nicht nur umwelt- und klimafreundlich, sondern vor allem lokal und wettbewerbsfähig.

Mieterstromprojekte können prinzipiell in jedem Mehrfamilienhaus umgesetzt werden, wobei sich manche Objekte besser eignen. Wichtige Voraussetzungen sind eine nutzbare Dachfläche, die möglichst unverbaut ist und das Gewicht der Solaranlage sicher tragen kann, und idealerweise wenige Strom-Netzanschlüsse, hin-

ter denen möglichst viele Wohneinheiten gebündelt sind.

Sehr wichtig ist außerdem die Zustimmung der Mieter:innen vor Ort, den Strom vom eigenen Dach zu nutzen. Eine große Beteiligung der Bewohner:innen beim Mieterstromtarif ist wichtig, wobei die Nutzung natürlich freiwillig ist. Ganz allgemein gilt: Bei jedem Neubau, jeder Dachsanierung und jeder Heizungssanierung sollte Mieterstrom heute mitgedacht werden. Rechtzeitig in die Planung einbezogen, verursacht der Anlagenbau keinen nennenswerten Mehraufwand.

Auf dem ehemaligen Gelände der „Rheinischen Gummiwarenfabrik Franz Clouth“ wurden viele Jahre lang erfolgreich Gummiwaren für verschiedenste Bereiche produziert. Nachdem die Produktion 2005 stillgelegt wurde, war es vorerst ruhig auf dem fast 15 Hektar großen Gelände mitten in Köln-Nippes. Heute entstehen hier unter dem Namen „Clouth-Quartier“ Woh-

nungen und Arbeitsplätze für etwa 3.000 Menschen. Die bislang vier Mieterstromprojekte der Energiegewinner eG auf dem Clouth-Gelände zeichnen sich nicht nur durch ihre nachhaltige und verbrauchsnahe Stromproduktion aus. Die Baugemeinschaften, mit denen die Genossenschaft die Mieterstromprojekte umgesetzt hat, achten neben der Nutzung von sauberem Strom vom eigenen Dach auch auf weitere Nachhaltigkeitsaspekte.



WINDENERGIE IST EINE DER SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN FÜR UNSERE ENERGIEWENDE!

Wo Windenergieanlagen gebaut werden dürfen, wird nicht nur in Regionalplänen vorgegeben. Über Flächennutzungs- und Bebauungspläne entscheiden auch die Kommunen an entscheidender Stelle mit, was bekanntermaßen in Kreuztal schlicht verpennt wurde. Die Gemeinden können den Windenergieausbau somit aktiv gestalten – und sollten sich diesen Hebel zunutze machen um gemeinsam mit ihren Bürger:innen ihre Energieversorgung selbstbestimmt auf erneuerbare Energien umstrukturieren. Die Steuereinnahmen aus der Stromerzeugung fließen bei lokalen Bürgerwindenergieprojekten direkt an die Gemeinde. Wird die Energie direkt vor Ort für die Wärmeversorgung und Mobilität genutzt, steigt der Mehrwert um ein Vielfaches. Der Bürgerwindpark Hilchenbach der RothaarWind GmbH & Co. KG ist ein Hingu-

cker: Fünf High-Tec-Türme ragen aus dem Wald heraus. Die Idee zu einem Windpark in Hilchenbach ging von einer Waldgenossenschaft aus. Die Gestaltung als Bürgerwindpark war wiederum die Idee einer Privatperson. Als Kommanditisten sind inzwischen 87 Privatpersonen mit ihren Familien sowie die Stadt Hilchenbach beteiligt und ist damit ein ungewöhnliches aber waschechtes Bürgerenergieprojekt.

Wegen der Lage in einem Waldschutzgebiet und der Nähe zum Rothaarsteig war die Planung und der Bau nicht unproblematisch aber letztlich für alle Beteiligten erfolgreich und ein Gewinn für die Region. Seit 2008 verrichten nun fünf Windkraftanlagen mit einer Leistung von jeweils 2 MW ihren Dienst. Sie liefern jährlich rund 23 Mio. kWh Strom, das entspricht dem jährlichen Bedarf von über 7000 Haushalten!

Auch ist Hilchenbach durch die Windmühlen um eine touristische Attraktion reicher. Viele Ausflügler und Wandergruppen nehmen sich den Windpark über den Windwanderweg des Rothaarsteigvereins als Ziel. Über 40 geführten Besuchergruppen jährlich wird die herausragende Ingenieurleistung näher gebracht.



SOLARANLAGEN AUF DÄCHERN SIND DIE EFFIZIENTESTE NUTZUNG VON DACHFLÄCHEN

Photovoltaikanlagen amortisieren sich in Deutschland nach ein bis zwei Jahren energetisch – nach dieser Zeit hat die Anlage so viel Energie produziert wie für Herstellung, Betrieb und Entsorgung aufgewendet werden müssen. Konventionelle Energieerzeugungsanlagen mit fossilen Brennstoffen wie Kohle oder Erdgas amortisieren sich demgegenüber nie energetisch, denn es muss im Betrieb immer mehr Energie in Form von Brennstoffen eingesetzt werden, als man an Nutzenergie erhält.

Bürgerenergiegesellschaften können auch hier bei Planung, Errichtung und Betrieb eine zentrale Rolle innerhalb der Kommune spielen.

In der Stadt Willich in Nordrhein-Westfalen haben sich zahlreiche Bürger:innen, Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe, zwei Eigenbetriebe der Stadt und eine ortsansässige Bank zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen, die private wie auch kommunale Dächer in der Stadt anmietet und auf diesen Photovoltaik-Anlagen betreibt. Der durch die Anlagen gewonnene Strom wird, wenn er nicht durch die Einwohner selbst „verbraucht“ wird, als „Öko“-Strom vermarktet und ins öffentliche Netz eingespeist.

Mit der konsequenten Umsetzung eines ambitionierten Klimaschutzkonzeptes und einer schon 2011 geschaffenen und besetzten Stelle eines/einer Klimaschutzmanager:in, ist es dabei der Stadt Willich gelungen, nicht nur das Ziel für 2020 von 40% eingesparter CO₂-Emissionen gegenüber den Emissionen 30 Jahre zuvor zu toppen. Es wurde auch der „European Energy Award“ in Gold gewonnen und die Energiewende in Willich so erfolgreich und wirtschaftlich gestaltet, das die Stadt bzw. ihre Eigenbetriebe es sich „leisten“ können ihren Bürgerinnen und Bürgern attraktive Förderprogramme zur Energieeinsparung und zur Investition in erneuerbare Energie-Technologien, zu den schon bestehenden Programmen aus Bund und Land, anzubieten.

verwendete Quellen:

Studie zur Veranschaulichung des lokalen Stromhandels <http://nkmndn.de>
EnergieAgentur.NRW
Bürgerbeteiligung Windkraftanlagen (Dipl.-Kfm. Dr. Karl-Heinz Glandorf)
www.rothaarwind.de
buenger-solar-willich.de
www.energiegewinner.de

A professional portrait of Annalena Baerbock, a woman with dark, wavy hair and light-colored eyes, wearing a dark blue blazer. She is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a dark, textured gray. The portrait is framed by a thick green border on the left and bottom.

ANNALENA BAERBOCK

ist die grüne Kanzlerkandidatin zur Bundestagswahl 2021. Seit 2018 ist sie Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und seit 2013 Abgeordnete des Deutschen Bundestags. Zuvor war sie von 2009 bis 2013 Landesvorsitzende der GRÜNEN in Brandenburg.



DARF ICH MICH VORSTELLEN?

ANNALENA BAERBOCK

So viele Menschen in unserem Land spüren, dass manches so viel einfacher, viel besser sein könnte, wenn wir ein paar Dinge ändern, wenn wir Prioritäten anders setzen. Genau darum geht es mir. Machen nicht versprechen.

Aufgewachsen bin ich in einem Dorf in der Nähe von Hannover, inzwischen lebe ich seit vielen Jahren mit meiner Familie in Potsdam. Ich weiß, wie es ist, wenn der Bus nur alle paar Stunden in die Stadt fährt, wenn das Handynet nicht einmal zum Telefonieren reicht. Ich weiß, wie es ist, wenn die Ärztin nur mit dem Auto erreichbar ist, Schwimmbäder und Sportplätze geschlossen werden und die Kita keine Schaukel hat, weil den Kommunen das Geld fehlt.

Wenn wir über die großen Fragen des Zusammenhalts reden, dann sollten wir im Konkreten anfangen. Da, wo wir leben. In den Dörfern, Stadtteilen und Kommunen. Wir brauchen eine starke öffentliche Infrastruktur. Denn wenn die Daseinsvorsorge bröckelt, dann bröckelt das Vertrauen in den Staat.

„Verantwortung heißt, sich den Problemen stellen und es besser zu machen.“

Annalena Baerbock

Das Land zukunftsfest gestalten.

Mir ist es wichtig, mich gerade auch dort zu engagieren, wo es nicht nur einfach ist. Wir brauchen den Umbau unserer Industrie, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen und unseren Industriestandort zu sichern. Aber der Übergang im Stahlwerk oder beim Autobauer verunsichert. Daher muss er abgesichert werden, um die Arbeitsplätze in die Zukunft zu führen.

Bereit sein, das Neue zu wagen.

Egal ob beim Klimaschutz, einem starken Sozialstaat oder der Zukunft unserer Wirtschaft:

Wir brauchen ein starkes und geeintes Europa. Nur gemeinsam können wir die Klimakrise eindämmen, soziale Mindeststandards für alle Menschen in Europa garantieren und den Aufbruch in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft schaffen.

Ich stehe für Erneuerung.

Jetzt ist die Zeit, es besser zu machen.

Annalena Baerbock





DIE ZUKUNFT LIEGT IM RAD?

Das Siegerland ist Autoland? Sieht man sich die Verkehrsinfrastruktur und die topographische Lage des Siegerlandes etwas genauer an, lässt sich leicht erahnen, dass die meisten Strecken mit dem PKW bewältigt werden. So ist es zumindest bis jetzt. Doch der Stand der Technik hat sich in den letzten Jahren gerade im Bereich Fahrrad enorm weiterentwickelt.

Mit dem Aufkommen des E-Bikes muss der Radverkehr im Stadtgebiet neu überdacht werden. Waren wir bislang eine eher unattraktive Region zum Radfahren, so haben wir jetzt die Chance die Radinfrastruktur dahingehend aufzuwerten.

Auch wenn einige Zeit seit dem Antrag der Kreuztaler Grünen vom 28.09.2017 vergangen ist, ist nun das darin geforderte Radkonzept für die Stadt Kreuztal verabschiedet (1). Die Stadt bemüht sich dieses Konzept nun umzusetzen und hat als erstes starkes Symbol hierfür eine Stelle für eine:n eigene Radverkehrsplaner:in ausgeschrieben.

Wir als Grünen fordern weiterhin, dass die Radinfrastruktur im Stadtgebiet so ausgebaut wird, dass es möglich ist, sich sicher und komfortabel auf dem Fahrrad fortzubewegen. Ein Beispiel hierfür wäre die Einführung einer einheitlichen Nutzung von Fahrradboxen im gesamten Stadtgebiet. Doch daran hapert es leider immer noch.

Der „Nationale Radverkehrsplan 3.0“ wurde am 21.04.2021 vom Bundeskabinett beschlossen und soll nun in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden. Der ehrgeizige Plan ist, Deutschland bis zum Jahr 2030 zum Fahrradland zu machen. Ein Ziel des Plans ist es, die Anzahl der mit dem Rad zurückgelegten Wege auf 180 Wege pro Person und Jahr zu verdoppeln. Dabei soll die durchschnittliche Länge der Wege von 3,7 km auf 6 km erhöht werden.

Hier sind besonders die Kommunen als wesentliche Treiber gefordert, Anreize zur Erreichung dieser Ziele zu schaffen. (2)

Auf Landesebene wird das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz auf den Weg gebracht. Unter anderem mit dem Ziel, das Fahrrad erstmalig als gleichrangiges Verkehrsmittel neben den anderen Verkehrsteilnehmern zu etablieren. Ein weiteres Ziel ist die kommunale Unterstützung durch die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise (AGFS) sowie des Zukunftsnetzes Mobilität NRW. Dies soll im Gesetz festgeschrieben werden (3)



**Gleichrangigkeit
im Straßenverkehr!**

Somit sehen wir als Grüne die Chance, dass das vorhandene Potential der Kreuztaler Radinfrastruktur, unter Zuhilfenahme der oben genannten Institutionen ausgebaut wird. Sobald das Radfahren sicherer und komfortabler ist, wird ein vermehrter Umstieg der Menschen vom PKW aufs Rad hoffentlich auch dazu beitragen, die Klimaziele leichter zu erreichen.

Quellen:

- 1) <https://www.kreuztal.de/leben-in-kreuztal/stadtplanung/radverkehrskonzept/>
- 2) <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/StV/Radverkehr/nationaler-radverkehrsplan-3-0.html>
- 3) <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/kabinett-beschliesst-referenten-entwurf-fuer-das-fahrrad-und-nahmobilitaetsgesetz>



KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ

Unsere Politik und Gesellschaft muss kinderfreundlicher werden. Als Grüne sagen wir das schon länger aus vollster Überzeugung. Wie dringlich das Ganze aber ist, hat der Umgang mit der Corona-Krise gezeigt. Seit über einem Jahr wird bei der Pandemiebekämpfung auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nur wenig Rücksicht genommen. Reihenweise wurden Entscheidungen über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg getroffen, die zum Schutz anderer teils erhebliche Einschränkungen ihres Alltags hinnehmen mussten. Mit teils fatalen Folgen: Neben Lernrückständen haben Kinder und Jugendliche mit körperlichen und seelischen Belastungen zu kämpfen. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik hat die Gewalt gegen Kinder 2020 massiv zugenommen.

Dabei gehören Kinder in den Mittelpunkt von Gesellschaft und Politik. Deshalb gehören ihre Rechte auch in das Zentrum unserer Werteordnung, in das Grundgesetz.

Obwohl die UN-Kinderrechtskonvention bereits seit April 1992 in Deutschland geltendes Recht ist und das Bundesverfassungsgericht ein implizites Kinderrecht aus dem Grundgesetz herleitet, wird staatliches Handeln der UN-Kinderrechtskonvention zu oft nicht gerecht. Nicht erst seit der Corona-Pandemie tun sich Politik, Verwaltungen und Fachgerichte schwer, Kinderrechte angemessen zu beachten. Dabei sind Kinder keine kleinen Erwachsenen. Als Heranwachsende benötigen sie besonderen Schutz und Förderung. Dennoch lebt jedes fünfte Kind in unserem Land in Armut oder ist armutsge-

fährdet. Auch die Bildungs- und Chancengerechtigkeit ist in Deutschland nach wie vor zu sehr vom Status des Elternhauses abhängig. Deshalb braucht es einen kinderpolitischen Aufbruch! Wir wollen eine Kindergrundsicherung einführen, sodass Kinder einen eigenständigen Anspruch auf die Leistung erhalten, die ihnen all das garantiert, was sie zum Leben brauchen. Wir wollen eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule, in der Kinder individuelle Unterstützung erfahren. Und Kinder müssen endlich die starken Rechte im Grundgesetz bekommen, die ihnen zustehen. Durch die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz wäre der Gesetzgeber in allen politischen Entscheidungen zu nachhaltig kinderfreundlicheren Entscheidungen gebunden. Und eine Grundgesetzänderung wäre ein klares Signal für eine Bewusstseinsänderung zum Wohl der Jüngsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Nun ist es so, dass die Große Koalition trotz alledem daran gescheitert ist die Kinderrechte noch in dieser Bundestagswahlperiode ins Grundgesetz zu schreiben. Das ist enttäuschend, gleichzeitig wirkt es angesichts der kinderpolitischen Misere der letzten Monate fast schon ehrlich. Für uns ist das Thema damit nicht vom Tisch. Dafür und für vieles mehr, werden wir Grüne uns auch in der nächsten Wahlperiode einsetzen, damit wir für unsere Kinder in der Zukunft einen echten Mehrwert schaffen können. Wir sind es unseren Kindern schuldig.

Ekin Deligöz

Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik

SCHON GEWUSST?



Wussten Sie schon,...

...dass für alle auf dem Land installierten Windkraftanlagen nur eine Million Tonnen CO₂ für Produktion, Bau und Betrieb frei gesetzt wurden? Im gleichen Zeitraum halfen diese Landanlagen fast 64,6 Mio Tonnen CO₂-Treibhausgas zu sparen. 64x mehr! Zum Vergleich: Die vom Energiesektor in Deutschland frei gesetzte Menge betrug 211Mio Tonnen CO₂!

(Quelle: Umweltbundesamt)

Obwohl uns die Zeit zum Klimaschutz davonrennt, will die Erkenntnis manchem Kreutztaler Politiker nicht dämmern, das PV & Windkraft für uns in Kreutztal die wesentlichen Werkzeuge beim Klimaschutz sind.



Wussten Sie schon,...

... dass 14% der Konsumausgaben der deutschen Bevölkerung auf Nahrungs- und Genussmittel entfallen? Vor 100 Jahren betrug dieser Anteil noch über 50%. Von 37 Nationen in Europa erscheint Deutschland erst an 17. Stelle. Relativ teurer sind Lebensmittel in Ländern wie (Auszug) Griechenland, Italien, Malta, Österreich, Dänemark und zuvorderst der Schweiz. Da ist also, faktisch gesehen, noch Luft nach oben für eine leistungsgerechte Bezahlung unserer Landwirtschaft *(Quelle: statista)*.



Wussten Sie schon,...

...dass in 2020 jeder Einwohner rund 1500 Liter Trinkwasser mehr gegenüber des Vorjahres verbrauchte? Mit 119 Liter pro Tag und Einwohner drückte Corona auch hier beim Verbrauch seinen Stempel tief ein. Gründe sind der sprunghafte Anstieg des Homeoffice, weniger Reisen und ein gesteigertes Hygienebedürfnis *(Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft)*



Wussten Sie schon,...

...dass weniger als 50% der 15-jährigen Mädchen und weniger als 20% der gleichaltrigen Jungen gegen humane Papilloma-Viren (HPV) geimpft sind? Die Ständige Impfkommission (StiKo) empfiehlt die Impfung für Kinder ab neun Jahren, da HPV die häufigsten Auslöser für Gebärmutterhalskrebs sind.

(Quelle: Robert-Koch-Institut)



Wussten Sie schon,...

...dass 2,6% der Gesamtfläche Deutschlands als Privat- und Kleingärten genutzt werden? Rund 17 Mio. Kleingärten teilen sich 930.000 ha auf. Ein enormes Potential für Insekten- und Vogelschutz. Nutzen wir es auch in Kreutztal naturnah und giftfrei! *(Quelle: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland)*



Wussten Sie schon,...

...dass Deutschland bei dem Anteil der Stromkosten am Einkommen im oberen Mittelfeld landet und bei weitem keinen Spitzenplatz einnimmt? Die Menschen in Bulgarien etwa müssen 65% mehr von ihrem Einkommen für Strom aufbringen als wir hier in Deutschland. *(Quelle: strom-report.de)*

EINE REINE WILLENSFRAGE! EIN KOMMENTAR

Ausgangssperre, Verpflichtung zum Tragen von Schutzmasken, Bewegungsradius von wenigen Kilometern im Umkreis von der Wohnung, ja sogar Abriegelung ganzer Regionen (Italien).

Das alles haben wir in Europa und Deutschland erlebt und – mehr oder weniger – geduldig ertragen.

Und weshalb? Weil wir uns alle akut und konkret bedroht fühlten von einer stark ansteckenden und gefährlichen Krankheit. Hunderte Milliarden Euro wurden und werden mobilisiert, um die Wirtschaft am Laufen zu halten und die Folgen der Pandemie einzudämmen.

Wir haben den Kampf gegen die Pandemie mitgetragen und werden ihn – hoffentlich – auch mit Hilfe der neuen Impfstoffe gewinnen.

Und wie halten wir es mit dem Kampf gegen den Klimawandel?

Der Weltklimarat warnte im Juni wieder einmal vor den Folgen des Klimawandels: Bereits bei einer Erderwärmung von 2°C werden 420 Millionen Menschen zusätzlich Hitzewellen ausgesetzt. Es werden viele dicht besiedelte Küstenstreifen wie z. B. Bangladesch nicht mehr bewohnbar sein, es wird noch mehr Dürren geben und Millionen Klimaflüchtlinge. Z. Zt. befindet sich die Staatengemeinschaft auf einem 3 – 4°C Pfad!

Auch Deutschland wird – und ist bereits – eines der stark betroffenen Ländern sein. Auch bei uns gab es in den letzten Sommern mehrere tausend Hitzetote.

Doch weiterhin werden weltweit umweltschädliche Energien in zehnfacher Milliardenhöhe subventioniert.

Ein Skandal: Mit Steuergeldern wird die Erderwärmung gefördert!

In Deutschland musste das Bundesverfassungsgericht die Regierung daran erinnern, dass sie eine Verantwortung gegenüber

künftigen Generationen hat und die CO₂ Reduzierungsziele erhöhen muss. Dies hat sie inzwischen getan – hoffen wir, dass auch entsprechende Taten folgen!

Obwohl, bis zur Bundestagswahl wird es wohl nichts mehr werden und das ebenfalls im Juni veröffentlichte Wahlprogramm der CDU liefert keine konkreten Pläne und Maßnahmen zur Erreichung des 1,5° - 2°C Ziel.

Und hier bei uns vor Ort? Zusammen mit der IHK Siegen fordert unser Bürgermeister ein neues Gewerbegebiet auf der Krombacher Höhe. Dort soll wieder wertvolle Waldfläche geopfert, zubetoniert und überbaut werden. Waldfläche die in der Lage ist, CO₂ zu speichern. Unseren Wäldern gehen doch jetzt schon riesige Speichervolumen durch den Borkenkäferbefall verloren.

Und wo stehen wir in Kreuztal im Kampf gegen den Klimawandel?

Wir wissen es nicht! Während sich andere Gemeinden in unserer Nachbarschaft auf den Weg gemacht haben, wartet das in 2013 verabschiedete Klimaschutzkonzept auf seine konsequente Umsetzung.

Übrigens: Wir Grüne haben in der Ratssitzung am 01.07. die Anfrage gestellt, was Kreuztal tut, um bis 2045 klimaneutral zu werden. Die Antwort unseres Bürgermeisters spricht für sich:

Unsere Anfrage wurde als fundamentalistisches Gehabe bezeichnet und er verbitte sich künftig solche Anfragen. Die Verwaltung mit so etwas zu belasten sei nicht zu verantworten.

Nun Herr Kiß: Sie werden auch künftig mit solchen und ähnlichen Anfragen zumindest von uns Grünen rechnen müssen!

Dennoch haben wir es nun im dritten Anlauf geschafft, dass auch bei uns ein/e Klimaschutzmanager:in eingestellt wird,

ja und sogar auf unseren Antrag hin ein/e Radverkehrsbeauftragte:r. Hoffen wir, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unseres Magazins geeignete Bewerber:innen gefunden wurden.

Während der Pandemie gab es immer wieder Berechnungen, die die völlige Überlastung unseres Gesundheitssystems bei ungebremster Entwicklung der Erkrankungszahlen voraussagten. Dies ist nicht eingetreten, weil entsprechende Maßnahmen getroffen wurden, an die wir uns alle weitestgehend gehalten haben.

Und beim Klima? Auch dort gibt es immer wieder neue Berechnungen, die entsprechende Ereignisse voraussagen. Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied zur Pandemie: Diese Voraussagen treten tatsächlich ein und meistens in erheblich größerem Umfang!

Der Umgang mit der Pandemie hat gezeigt, wozu die Menschheit fähig ist. Nun liegt es an uns allen den Klimawandel abzumildern. Die Werkzeuge sind vorhanden – anders als bei der Pandemie, wo sie erst entwickelt werden mussten.

Ergreifen wir unsere Möglichkeiten! Wir alle kennen die Werkzeuge. Für uns in Deutschland gibt es die Wahl am 26. September, um die Weichen neu und richtig zu stellen!



von
Hubertus Brombach,
Sprecher B90/Die Grünen
Ortsverband Kreuztal



ES GEHT UM DIE BEWAHRUNG UNSERER LEBENSGRUNDLAGEN

Von Laura Kraft - Bundestagsdirektkandidatin der Grünen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 26. September entscheiden Sie, wie wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen. Diese Wahl ist eine Klimawahl und die letzten Tage und Wochen haben uns das nochmal in aller Dringlichkeit vor Augen geführt. Haben wir zuvor noch mit Schrecken verfolgt, wie unbarmherzige Temperaturen in Kanada und den USA hunderte Hitzetote forderten und ganze Ortschaften binnen Minuten von Flammenwalzen vernichtet wurden, sehen wir nun, wie fast vor unserer Haustüre das Wasser unsere zivilisatorischen Errungenschaften mühelos wegschpült und wir vor den Trümmern unserer Existenz stehen. Aber auch ich schaue besorgt, wie der Klimawandel den vertrauten Anblick unserer Region verändert: Wenn ich aus dem Fenster schaue, sehe ich kahle Schneisen auf den Hügeln und meine Spaziergänge und Wanderungen führen mich durch einen sterbenden Wald. Wir haben die Corona-Pandemie noch nicht besiegt und sind schon in der nächsten Katastrophe; denn nach der Pandemie ist noch mitten in der Klimakrise. Der Klimawandel bedeutet für uns in erster Linie Verlust: Menschen verlieren ihre Heimat, wenn das Wasser ihr Zuhause wegrißt. Sie verlieren ihre Lebensgrundlagen durch Dürre, Ernteverlust, ausgetrocknete Flüsse. Er bedeutet aber auch einen Verlust der Artenvielfalt und ganze Ökosysteme werden zerstört.

Es geht also um nicht weniger als die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen. Das Wort „Krise“ leitet sich aus dem Griechischen ab und bedeutet ursprünglich unter anderem so viel wie „Entscheidung“. Diese Bedeutung des Begriffs „Krise“ kann uns Mut machen, denn sie nimmt uns das lähmende Gefühl der Ohnmacht. Sie ist produktiv und aus ihr kann etwas Gutes, ja etwas Besseres hervorgehen. Die Krise als Moment der Entscheidung fordert uns auf, Verantwortung zu übernehmen und zu handeln. Wir stehen vor großen Herausforderungen, aber auch Chancen. Wir brauchen eine Politik, die die Verantwortung für unsere Zukunftsfragen übernimmt statt sie auf das Individuum abzuwälzen. Wir brauchen eine Politik, die den Wandel in unserem Land aktiv gestaltet und nicht den Status Quo verwaltet. Wir brauchen eine Politik, die sozialverträglich ist und dafür sorgt, dass niemand auf der Strecke bleibt. Nur gemeinsam können wir die Schäden durch den Klimawandel aufhalten und die Weichen für eine sichere, nachhaltige, friedliche und ökologische Zukunft stellen. Dies soll planbar und demokratisch geschehen, damit unsere Welt morgen noch lebenswert ist. Dafür stehen wir Grüne und dafür möchte ich mich für Sie in Berlin einsetzen.

Siegen-Wittgenstein ist meine Wahlheimat. Ich kam vor zehn Jahren aus Nordhessen für mein Studium nach Siegen, um an der Universität Siegen einen Bachelor in Literatur, Kultur und Medien sowie einen Master in Literaturwissenschaft zu absolvieren. Zurzeit bin ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Fach Literaturwissenschaft an der Universität Siegen beschäftigt. Als Dorfkind weiß ich, dass Menschen im ländlichen Raum andere Bedürfnisse haben als in der Großstadt. Wenn die Verkehrswende, die Energiewende, die Agrarwende und auch die Transformation der Wirtschaft gelingen soll, dann müssen wir auch besonders auf diese Regionen schauen und sie besser in der Bundespolitik vertreten. Die Corona-Pandemie hat nochmal gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Wenn die letzte Apotheke im Ort schon vor Jahren schließen musste und die nächste Hausarztpraxis einige Kilometer entfernt liegt, dann schränkt das die Gesundheitsversorgung und die Lebensqualität stark ein. Hier müssen wir gezielt investieren und z.B. die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten fördern.

Ich persönlich habe durch meine Arbeit an der Universität erlebt, wie sich die Pandemie auf die Situation von Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen auswirkt. In meiner politischen Arbeit möchte ich mich für bessere Ausbildungs- und Studienbedingungen einsetzen, aber auch die Beschäftigungssituation an den Hochschulen verbessern. Die meisten wissenschaftlichen Beschäftigten an den Hochschulen sind einer prekären Arbeitssituation ausgesetzt und hangeln sich von einer Befristung zur nächsten. Indem wir uns für eine bessere Finanzierung der Hochschulen, planbare Karrierewege in Wissenschaft und Forschung und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, stärken wir unser Bildungssystem und den Forschungsstandort Deutschland. Und damit fördern wir die guten Ideen von morgen.

Es ist Zeit für eine Politik, die die Themen umsetzt und nicht nur ankündigt. Es ist Zeit für eine Grüne Zukunft. Als Direktkandidatin für Siegen-Wittgenstein möchte ich unsere Region in Berlin vertreten und Ihre Ansprechpartnerin vor Ort sein. Damit das gelingen kann, brauche ich Ihre Stimme! Ich bin bereit – lassen Sie es uns angehen!

Ihre Laura Kraft

Gerne möchte ich auch mit Ihnen ins Gespräch kommen und über die Themen sprechen, die Ihnen wichtig sind. Ich freue mich über Ihre Nachricht an laura.kraft@gruene-fraktion-siegen-wittgenstein.de

UNSER TRINKWASSER

VIER FRAGEN AN JOHANNES REMMEL, MdL



1. Welche Konsequenzen hat der Klimawandel auf die Nutzung des Wassers auch in unserer Region?

Die Antworten der Landesregierung auf unserer Großen Anfrage „Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!“ haben gezeigt, wie deutlich sich insbesondere die klimatischen Veränderungen auf unsere Wasservorräte auswirken. Seit Jahrzehnten ist ein signifikanter Rückgang der Grundwasserneubildung zu erkennen, der die zunehmende Verknappung des Wassers andeutet und einen sorgsamsten Umgang damit zwingend anmahnt.

2. Das Land NRW arbeitet an einem besseren gesetzlichen Schutz unseres Wassers. Reicht das aus und helfen uns die Neuregelungen hier im Kreis?

Gerade angesichts der knapper werdenden Wasservorräte durch den Klimawandel hätte es eine Stärkung des Gewässerschutzes gebraucht. Doch statt vorausschauend zu handeln, schwächen CDU und FDP den Wasserschutz mit ihrer Änderung des Landeswassergesetzes (LWG) massiv und bedienen vor allem industrielle Interessen, wie die der Kies-Lobby.

Eine der hoch umstrittenen Änderungen ist der Wegfall des generellen Abgrabungsverbot von Rohstoffen wie Kies und Sand in Wasserschutzgebieten. In diesen sensiblen Bereichen Rohstoffe abzubauen gefährdet unser Trinkwasser, weil die schützende Deckschicht abgebagert und dadurch der Wasserkörper freigelegt wird. Die angekündigte Wasserschutzgebietsverordnung (WSGVO) wird den bisher bestehenden umfassenden Schutz nicht ersetzen. Bisher verweigert die Landesregierung jegliche Transparenz, auf welcher methodisch-fachlichen Grundlage die Regelungen zur oberirdischen Bodenschatzgewinnung für die WSGVO derzeit erarbeitet werden. Welches Schutzniveau künftig tatsächlich noch erreicht wird, ist dadurch unklar.

Ein weiterer Rückschritt der Gesetzesänderung ist die Abschaffung der Gewässerrandstreifen, welche bislang Schutz bieten sollten gegen Gewässereinträge, wie z.B. Pestizide und Nitrate. Trotz massiver Kritik im Vorfeld vonseiten zahlreicher Kommunen, Verbände, Initiativen und Naturschutzverbände. Mit den Neuregelungen im Landeswassergesetz nimmt die Landesregierung eine Verschlechterung der Wasserqualität in Kauf – entgegen der Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Verschmutzung und Raubbau bei unseren (Trink-) Wasservorräten können wir uns aber gerade in Zeiten des Klimawandels und angesichts einer lokal zunehmenden Wasserknappheit nicht leisten.

Bei der Stärkung der öffentlichen Trinkwasserversorgung hat es die Landesregierung trotz deutlicher Kritik seitens mehrerer Verbände verpasst, die Vorrangstellung gegenüber anderen Wassernutzungsinteressen praxistauglich zu regeln. Damit werden die verschiedenen Nutzungsansprüche an die Ressource Wasser zwar thematisiert, aber nicht zu Ende gedacht und damit nicht gelöst.

Insgesamt entsteht daher mit der Novellierung des Landeswassergesetzes der Eindruck, dass die Vorrangstellung des Trinkwassers nur verschleiern soll, worum es bei den Neuregelungen wirklich geht. Letztendlich reiht sich die Gesetzesinitiative der Landesregierung jedoch ein in die schwarz-gelbe „Entfesselungspolitik“, die ökonomische Interessen auf Kosten der Ökologie durchsetzt.

3. Der Kreis Siegen-Wittgenstein verfügt mit der Breitenbachtalsperre und der Obernautalsperre über zwei Stauseen. Reicht das für die Zukunft aus oder brauchen wir noch eine dritte Talsperre?

Für den Kreis Siegen-Wittgenstein bedeuten die beschriebenen Entwicklungen, dass die Gemeinden Trinkwassersicherungskonzepte vorlegen müssen, um die Versorgung mit Frischwasser weiterhin sicher gewährleisten zu können. Als Grundlage sollte u.a. eine fundierte Bestandsaufnahme bei den beiden Talsperren im Kreis dienen: Füllstände müssen auf Basis der bisherigen Nutzung seit Bau und unter Berücksichtigung von Klimaeffekten für die Zukunft prognostiziert werden, um zukünftige Entnahmemengen möglichst schonend regulieren zu können. Zusätzlich sollte geprüft werden, ob die vielen stillgelegten Wassergewinnungsanlagen in unseren Dörfern evtl. als Reserve für schlechte Zeiten und Trockenperioden vorgehalten werden können und sie in diesem Sinne wiederbelebt werden.

Seit Jahrzehnten ist ein
signifikanter Rückgang
der Grundwasserneubildung
zu erkennen

Johannes Remmel,
Mitglied des Landtags



4. Bei den Tiefbohrungen zur Wassergewinnung der Krombacher Brauerei im nördlichen Siegerland wird von den Genehmigungsbehörden gerne auf deren Unschädlichkeit für den Wasserhaushalt der Umgebung verwiesen. Fließt aber nicht auch in Kreuztal das Wasser von oben nach unten?

Bei Tiefbohrungen, wie sie beispielsweise durch die Krombacher Brauerei im nördlichen Siegerland durchgeführt werden, bedarf es einer größeren Transparenz und einer nachvollziehbaren Analytik. Bevor neue Brunnen gebohrt oder bestehende Bohrungen vertieft werden, muss über ein öffentlich zugängliches Monitoring die Entwicklung der Grundwasserstände in den jeweiligen Regionen, auch hinsichtlich der Entnahmemenge und der jahreszeitlichen Verläufe, dargestellt werden.

Bündnis 90/Die Grünen machen sich stark für eine Stadt, in der man gerne lebt und sagen kann: KREUZTAL, MEINE STADT!

Hierzu gehört für uns im Besonderen eine nachhaltige Politik, die auch an die nächsten Generationen denkt.

So setzen wir uns ein für:

Die energetische Sanierung aller städtischen Gebäude, Ausbau der erneuerbaren Energien in Kreuztals, mehr Informationen und Anreize für energetische Maßnahmen auch im privaten Bereich.

Energetische Sanierungen kosten nicht nur Geld, langfristig sparen wir und schützen sowohl unsere Umwelt, als auch unsere Gesundheit!

Durch unser Engagement wird in diesem Jahr ein Radwegekonzept umgesetzt, das Radschnellwegenetz ist nicht zuletzt durch unsere Hartnäckigkeit in der Planung und der von uns gegen alle Widerstände erstrittene Klimamanager wird Realität.

KREUZTAL, MEINE STADT soll auch eine soziale Stadt sein, in der ALLE gut leben können. Hierzu gehören unter anderem die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Präventionsmaßnahmen gegen private Verschuldung, kostenlose warme Mahlzeit für alle Kinder an unseren Ganztagschulen und ein ernst genommene Jugendkultur.

Wir wissen: Das alles kostet auch Geld und kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, es bedarf eines guten Plans, aber vor allem dem Willen zur Veränderung!

Lust auf mehr?

Wir, die wir schon länger dabei sind, haben immer noch Spaß daran, an der Gestaltung unserer Stadt und der Daseinsfürsorge mitzuwirken. Umso mehr freut es uns, dass gerade in den letzten Monaten einige neue Leute zu uns gekommen sind, um mit uns gemeinsam für mehr Grün in Kreuztal zu sorgen.

Vielleicht haben Sie/hast Du ja auch Lust, bei uns mitzumachen, zu diskutieren, reinzuschnuppern, Ideen, Wünsche und Kritik zu äußern. Hierfür muss man kein Grünes Parteimitglied sein – jeder ist willkommen und herzlich eingeladen!

Wir treffen uns außerhalb der offiziellen Schulferien NRW immer montags um 19 Uhr im Haus der Fraktionen, Roonstraße 19. Weitere Informationen finden Sie, findest Du auch unter www.gruene-kreuztal.de

Sie sind/Du bist herzlich eingeladen an unseren Sitzungen teilzunehmen:

Treffen des Stadtverbandes:

1. Montag im Monat ab 19.00 Uhr

Mail: stadtverband@gruene-kreuztal.de

Treffen der Fraktion:

Die übrigen Montage ab 19.00 Uhr

Mail: fraktion@gruene-kreuztal.de

in der Grünen Geschäftsstelle

im Haus der Fraktionen

Roonstraße 19

57223 Kreuztal

Tel.: 0 27 32 / 10 00

www.gruene-kreuztal.de

In den Ferien finden keine Sitzungen statt.

